

Antrag A 6

zur 14. Landesdelegiertenversammlung

Antragsteller: Kreisverband Wesel



Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

1 Call-Center für Hausärztlichen Bereitschaftsdienst auf den Prüfstand

2
3 Die Landesregierung wird aufgefordert, die Call-Center für den hausärztlichen
4 Bereitschaftsdienst auf den Prüfstand zu stellen und gegebenenfalls zeitnah eine
5 angemessene Änderung herbeizuführen.

7 Begründung:

8
9 Die Call-Center verursachen im Gesundheitswesen des örtlichen Bereiches Kosten
10 von ca. 3,4 Mill. Euro, verteilt auf 16 ärztliche Bezirke macht das ca. 120.000 Euro je
11 Bezirk.

12
13 Angedacht war es, hierdurch eine bessere medizinische Versorgung der Patienten zu
14 erreichen, die Frage ist nunmehr, ob nicht die Erfahrung zeigt, dass dem nicht so ist.
15 Bevor der Patient nunmehr eine angemessene ärztliche Versorgung bekommt ist das
16 Call-Center zwischengeschaltet. Der Patient muss zunächst seine Daten preisgeben,
17 dann das Problem beschreiben, bevor er einen Rückruf des diensthabenden Arztes
18 erhält. Diesem muss er dann erneut das Problem beschreiben bevor dieser dann
19 entscheidet ob er zu einem Hausbesuch fährt oder andere Maßnahmen veranlasst.
20 In vielen Fällen führt dieses umständliche Prozedere dazu, dass der Patient direkt
21 den Notruf 112 wählt oder er sich selbständig ins Krankenhaus an die Notaufnahme
22 begibt.

23
24 Kosten ./. Nutzen scheinen nach der Probungsphase im krassen Widerspruch zu
25 stehen, so dass dringende Nachbesserung, eventuell zurück zum alt hergebrachten
26 ärztlichen Notdienst angezeigt erscheint.

27
28 **Votum der Antragskommission: Verweisung an den Landesvorstand zur**
29 **vertieften Beratung**